



Staats- und  
Universitätsbibliothek  
Bremen

# **Staats- und Universitätsbibliothek Bremen**

**DFG Projekt Die Grenzboten**

## **Die Grenzboten**

**Berlin u.a., 1841 - 1922**

Der landwirtschaftliche Congreß und die ländliche Arbeiterfrage.

**urn:nbn:de:gbv:46:1-908**

## Der landwirthschaftliche Congreß und die ländliche Arbeiterfrage.

In dem Augenblicke, in welchem unverhüllt und ohne Scheu die Sonderinteressen und Sondertendenzen der Agrarier ans Licht des Tages treten und die bisher vorgehaltene Maske selbst ablegen, — in diesem Augenblick mag es den Lesern dieser Bl. wünschenswerth sein an die Präludien der agrarischen Bewegung und an den von den Agrariern getriebenen Mißbrauch mit anderen Bezeichnungen erinnert zu werden. Wenn man aus den offiziellen Aeußerungen, die hier in Frage kommen, und aus sonstigen zuverlässigen Mittheilungen ein Bild der Vorgänge auf den Zusammenkünften und Vereinigungen der sog. Landwirths gewonnen hat, staunt man über die Ausdauer und Zähigkeit der Agrarier ebenso sehr, als über die Nachgiebigkeit der anderen Elemente, die sich von jenen Herren lange Zeit haben mißbrauchen lassen.

Es kann nicht auffallen, daß diejenigen, die dem Ackerbau und der Landwirthschaft leben, im öffentlichen Leben, in Gemeinde und Kreis und Provinz, und nicht weniger in den maßgebenden parlamentarischen Körperschaften die speziellen Interessen und Rücksichten ihres Standes und ihres Gewerbes geltend gemacht zu sehen wünschen. Als Zeichen eines gesunden öffentlichen Lebens sehen wir es an, wenn auch aus diesen Kreisen Vereinigungen zu Stande kommen, welche die allen Genossen dieses Gewerbes gemeinsamen Angelegenheiten besprechen und berathen und an geeigneter Stelle bei passender Gelegenheit vertreten. Die landwirthschaftlichen Vereine und Vereinsverbände sind berechtigte und nützliche Einrichtungen. Bekanntlich erfreuen dieselben sich großer Blüthe und allseitig anerkannter Wirksamkeit. Eine Art offizieller Vertretung ist in Preußen der Landwirthschaft zu Theil geworden im Landesökonomiecollegium, auf dessen Organisation hier einzugehen nicht nöthig erscheint. Daß auch neben diesen Organen die In-

teressenten zum Zwecke größerer Einwirkung auf den Staat und seine Organe, auf die Regierung, den Landtag und last not least auch auf die Presse sich zusammenthun wollen, ist ein natürliches und berechtigtes Verlangen. Lange Zeit haben Wanderversammlungen deutscher Forst- und Landwirthe existirt; doch stellte sich mehr und mehr heraus, daß durch sie nicht eigentlich die Landwirthschaft und ihre Interessen dargestellt wurden. So wurde angeregt, ein neues Organ diesen Bestrebungen zu schaffen. In neuer Form wurden zu freiwilligem Zusammentritt die norddeutschen Landwirthe veranlaßt.

Im Februar 1868 tagte in Berlin der erste Congreß norddeutscher Landwirthe. In ihm war eine richtige und gesunde Interessenvertretung vorhanden. Die politischen Parteiunterschiede verschwanden oder traten zurück hinter der Gemeinsamkeit des Berufes und Standes. Es präsidirte Herr von Sönger, ein Liberaler; im Ausschusse nahmen neben ihm Saucken (Julienfelde), Sombart (Ermsleben), von Benda und andere Coryphäen der Landwirthschaft Plaß. Einer der Referenten war Lette. Die Verhandlungen bezogen sich auf das landwirthschaftliche Credit-Genossenschafts-Vereinswesen, auf die Steuerfrage, soweit sie die landwirthschaftlichen Interessen berührte. Ein ganz ähnliches Bild zeigte der zweite Congreß vom Februar 1869, und wiederum ein ganz ähnliches der dritte Congreß vom Februar 1870. Beide Male leitete von Sönger die Verhandlungen, und beide Male bewegte die Thätigkeit der Versammlung sich auf dem Gebiete des ländlichen Genossenschafts-Credit-Versicherungswesens, der Steuerfrage; 1870 berührte sie auch das Thema der angemessenen Vertretung landwirthschaftlicher Interessen. Der Kronprinz hatte den Congreß am 15. Februar 1870 mit seinem Besuche beehrt; in der Sitzung des 18. Februar 1870 erschien auch der Bundeskanzler Graf Bismarck; er theilte am 19. schriftlich dem Congreß mit, daß er sich bemühen werde, den Wunsch des Congresses nach einer Vertretung der landwirthschaftlichen Interessen im Bundesrathe zur Erfüllung zu bringen.

Die Ereignisse des Jahres 1870 und ihre Folgen machten auch dem Landwirthe sich fühlbar. Die sociale Frage und die wirthschaftliche Krisis übten auf Stellung und Haltung der einzelnen Landwirthe gewaltigen Einfluß aus und brachten eine Verschiebung der Parteien auf diesem Gebiete zu Stande. Ein doppelter Unterschied, der natürlich immer vorhanden gewesen, trat mehr wie bisher ins Bewußtsein und an die Oberfläche hervor: die Verschiedenheit der Interessen der ländlichen Arbeiter und Arbeitgeber, und auch unter den letzteren die Sonderung der großen und der kleineren Grundbesitzer. Und die Bewegung unter den ländlichen Arbeitern selbst erregte mehr und mehr die Besorgniß der Besitzer vor Störungen des

bisherigen Verhältnisses und förderte die Einsicht, daß eine Besserung der Arbeiterzustände in der Landwirtschaft dringend nothwendig geworden.

Im Jahre 1872 wurde dies zuerst fühlbar. Das Jahr 1871 hatte wegen des Krieges keine Versammlung des Congresses gesehen. Nach dem Kriege erschien nun auch die Erstreckung des norddeutschen Verbandes auf ganz Deutschland erwünscht und wurde durchgesetzt. Endlich trat der Congress deutscher Landwirthe im Februar 1872 zusammen. Leider war am 7. März 1871 der bisherige Präsident von Sängler gestorben. Der Vorsitz ging über auf Herrn von Benda, der ihn zwei Jahre hindurch geführt hat. In dieser Versammlung von 1872 wurde der Antrag gestellt, seitens des Congresses eine Enquete über die ländlichen Arbeiterverhältnisse zu veranstalten, — ein sehr richtiger Gedanke, durch den dem Congresse ein bleibendes Denkmal seiner Existenz zu schaffen zugemuthet wurde.

Wenn vor allen anderen Dingen die Augen der Landwirthe sich in der letzten Zeit auf die Haltung und die Zustände der Arbeiterbevölkerung gerichtet, wenn die Forderung, die Lage derselben zu verbessern und zu heben, allgemein ausgesprochen und allgemein als begründet anerkannt wurde, so war es unbedingt geboten, über diese allgemeine Phrase hinauszukommen und ganz speziell zunächst den wirklichen Zustand zu ergründen, in dem die ländliche Arbeiterklasse lebte; es galt vor allem anderen durch zuverlässige, detaillirte Untersuchung den Thatbestand erst genau kennen zu lernen, ehe Vorschläge von Reformen und Aenderungen Aussicht auf Besserung bieten konnten.

Dieser Gedanke bewog den Congress, eine Commission einzusetzen zur Veranstaltung der gewünschten Enquete. Im Mai 1872 constituirte sich diese Commission, wählte zu ihrem Vorsitzenden den Landesökonomierath Griepenkerl in Braunschweig, und bestellte für die einzelnen deutschen Länder vier Referenten: Professor von der Goltz in Königsberg, Professor Richter-Tharand, Generalsecretair Langsdorff in Dresden und Domainenpächter Schumacher in Barchlin. Mehrere Jahre waren diese Herren an der Arbeit; die Hauptlast fiel mehr und mehr auf den Professor Dr. Freiherrn Theodor von der Goltz, der ja in der That der geeignetste Mann für die Arbeit erscheinen mußte, da er selbst schon ein mit großem Beifall aufgenommenes und wirklich sehr verdienstvolles Buch (die ländliche Arbeiterfrage und ihre Lösung. Danzig, Rasemann 1871, — 2. umgearbeitete Auflage 1874.) über diese Frage veröffentlicht hatte und als vorzugsweise auf diesem Gebiete orientirt galt. Im Januar 1873 einigten sich die Referenten (mit Ausnahme Schumacher's) über den Arbeitsplan; sie verschickten durch ganz Deutschland Fragebogen, durch deren Beantwortung die factischen Details über die Arbeiterverhältnisse ihnen zufließen sollten. Mit der Redaction des so er-

wachsenen Materials wurde von der Goltz betraut; im April 1874 wurden von dem Ausschuss des Congresses die Geldmittel zum Druck der Enquete bewilligt; Januar 1875 lag sie fertig vor und wurde am 9. Februar 1875 von der Enquetecommission dem Congress selbst überreicht.

Inzwischen aber hatten sich die Verhältnisse des Congresses so geändert, daß eine unerwartete und staunenswerthe Aufnahme dem Werke seitens des Congresses bereitet werden konnte.

Derselben Aufgabe, die anscheinend der landwirthschaftliche Congress auch unter seine Aufgaben mit Wohlwollen und Humanität aufgenommen hatte, wurde 1872 und 1873 auch noch von anderer Seite Aufmerksamkeit geschenkt. Die Hebung des Arbeiterstandes bietet ja verschiedene Seiten dar, die materielle Verbesserung, die sociale Förderung, die sittliche und religiöse Einwirkung; und gerade die letztere Beziehung war von dem Oberconsistorialrath Wichern aufgenommen worden. Der Centralausschuss für innere Mission hatte eine Versammlung von Landwirthen und Männern der Wissenschaft Ende April 1872 in Berlin veranlaßt, welche unter dem Vorsitz des Professor von der Goltz die Lage der ländlichen Arbeiter und die Mittel zu ihrer Aufbesserung besprach. Aus dieser Anregung bildete sich auch ein Deutscher Verein ländlicher Arbeiter, der im Mai 1873 zusammentam und sich unter dem Vorsitz des Grafen Stolberg-Wernigerode constituirte. Aber eine bleibende Wirksamkeit, ein eigentlicher Wirkungskreis schien dem neuen Verein nicht zuzufallen; in der Stille, ohne weitere Zeichen seines Lebens verschwand er von der Bühne.

Dagegen war im April 1872 eine sehr wichtige und sehr aussichtsreiche Neubildung geschehen, zu welcher die früheren Bemühungen des Congresses den Anstoß gegeben. Es trat die constituirende Versammlung des Deutschen Landwirthschafts Rathes in Berlin am 8. April 1872 zusammen. Die Idee war, neben dem Landesökonomiecollegium in Preußen die landwirthschaftlichen Vereine sämmtlich in einem Centralorgan zusammenzubringen und somit eine aus freier Vereinsthätigkeit geschaffene Vertretung dieses Standes ins Leben zu rufen. Die einzelnen Vereine wählten dazu ihre Vertreter; das Ganze konnte demnach als Ausfluß einer Art von Selbstverwaltung auf landwirthschaftlichem Gebiete gelten. Die Sache war so geordnet, daß alle berechtigten Wünsche und Forderungen der Landwirthe durch diese Organisation zum Ausdruck kommen konnten. Der deutsche Landwirthschaftsrath hatte einen bleibenden Ausschuss, er besoldete seinen Generalsecretair, anfangs den damaligen Redacteur des landwirthschaftlichen Centralblattes, Krocker in Berlin, sodann seit 1874 den Dekonomierath Hausburg aus Königsberg, bisher Secretair der preußischen landwirthschaftlichen Vereine. Und es lag, nachdem eine derartige geordnete Vertretung der landwirthschaftlichen Inter-

essen gewonnen war, der Gedanke sehr nahe, den Congreß der Landwirthche mit dieser aus den landwirthschaftlichen Vereinen hervorgegangenen Organisation in angemessener Weise zu verschmelzen. Wenn die Vertretung der landwirthschaftlichen Interessen der wirkliche Grund der Congreßbildung und nicht nur ein Aushängeschild war, hinter dem sich ganz andere Dinge verbargen, so konnte man sich damit beruhigen, daß dies bisher erstrebte Ziel erreicht war: die localen Vereine boten Gelegenheit dar, landwirthschaftliche Angelegenheiten zu besprechen; in dem Landwirthschaftsrath vereinigten sich die Stimmen der localen Vereine in einer Weise, daß die staatlichen Behörden und die parlamentarischen Körperschaften wohl veranlaßt wurden, auf sie zu hören. Neben dieser Vertretung noch eine weitere Vereinigung zu bilden, die ganz unabhängig von dem Landwirthschaftsrath der Angabe nach verwandte oder identische Ziele sich gesetzt, dazu lag ganz gewiß keine Nothwendigkeit vor. Ferner hatte der Congreß für die ländliche Arbeiterfrage aus sich eine werthvolle Anregung gegeben; ganz im Einklang mit den hier geäußerten Tendenzen, eine Besserung der Arbeiterzustände zu schaffen, bemühte sich der Verein ländlicher Arbeitgeber 1872 und 1873 — kurz, von welcher Seite man auch die Sache ansieht, die bisher aufgestellten Aufgaben des Congresses waren in gute Bahn geleitet: der Congreß durfte quasi *re bene gesta* in den Landwirthschaftsrath aufgehen.

Aber es geschah dies nicht. Eine neue Wendung trat vielmehr 1874 ein. Eine bisher mit den andern Gruppen und Richtungen unter den deutschen Landwirthchen einträchtig zusammenhaltende Tendenz maßte sich die Leitung an. Die Agrarier wollten den Congreß zu ihrem Organ machen; damit aber wurde alles bisher Gethane in Frage gestellt, der Charakter der landwirthschaftlichen Interessenvertretung total geändert. Erfolg und Ansehen der landwirthschaftlichen Congresse hatte darauf beruht, daß nicht einseitige und nicht politischen Parteien dienende Beschlüsse gefaßt waren: wo derartige Tendenzen zu Tage getreten, waren sie von der Mehrheit zurückgehalten worden. Dies wurde anders. Die politische Partei der extremsten Rechten empfand den Gegensatz zur Regierungspolitik immer stärker, und ihr Bedürfniß wurde immer dringender, Lärm gegen die Regierung und was die Regierung stützte, zu schlagen. Die großen Grundbesitzer machten einseitig ihre Interessen geltend; immer heftiger wurde ihr Gegensatz zu der Anforderung der Neuzeit, daß sie ihre leitende und herrschende Stellung auf dem Lande durch Arbeit verdienen und nicht als etwas Selbstverständliches genießen sollten: nur durch Knechtung der ländlichen Arbeiter glaubten sie herrschen zu können; und somit war es diesen agrarischen Junkern nicht länger möglich, mit denjenigen Männern zusammenzugehen, welche wirklich die Lage der Arbeiter aufbessern wollten. Bisher waren in dem Congresse gemischt diejenigen,

welche die gegenwärtige Lage der Arbeiter für ungenügend und verbesserungsbedürftig hielten und diejenigen, welche mit dem Rufe, daß die Landwirthschaft geschädigt sei, ausschließlich eine Verbesserung in der Lage der Gutsbesitzer erstrebt hatten. 1874 drängten die Agrarier auf die Leitung hin: sie haben damit die Scheidung der Geister herbeigeführt.

Eingeleitet wurde die neue Phase auf dem Congreß vom Februar 1874. Da erfolgte schon die Wahl des Vorsitzenden mit Zweidrittelmehrheit, während früher eine einstimmige Acclamationswahl üblich gewesen. Die vermittelnde Haltung des Herrn von Benda, der dem Agrarierwesen sehr abhold sich gezeigt und die Ausfälle, die im Abgeordnetenhause auf die Agrarier im Congresse geschehen, nur sehr lau abgewiesen hatte, mißfiel den Agrariern ganz gewaltig. Doch wurde von ihnen auch damals noch die Taktik befolgt, die mittleren Elemente an sich zu fesseln, indem hinter mehrdeutigen Redensarten die eigentlich agrarischen Gedanken versteckt wurden. Auf dem Congresse gelangte am 27. Februar die Arbeiterfrage zur Besprechung. In der maßlosesten Weise erging sich in Gegenwart des Kronprinzen („vor den hohen Ohren“ desselben, wie der Redner sich auszudrücken beliebte) Herr von Wedemeyer-Schönrade, der als der eigentliche Treiber und Leiter der Agrarier von nun an sich gerirte, gegen die gesammte neuere wirthschaftliche Gesetzgebung; — eine reactionäre Wahlrede, die an Leidenschaftlichkeit und Uebertreibung der Form ebenso wie an Dürftigkeit und Seichtheit des Inhaltes auf derselben Stufe mit den socialistischen Brandreden sich bewegte. Die Zurechtweisungen, die ihm in der Versammlung zu Theil wurden von den Landwirthten Knauer und Witt und Sombart und den Professoren Birnbaum und Wagner, wogen den Schaden, den er angerichtet, nicht auf; er war unbefangen genug, sachliche Wiederlegung durch Deutlichkeit der Worte zu übertrumpfen; und es stand Niemand auf, der ihm auf diesem Felde überlegen.

Die Rede Wedemeyer's machte einen „Riß“ in dem Congresse. Einer der verdientesten Ausschußmitglieder (Sombart) erklärte, eine Wiederwahl nicht anzunehmen; bei der Wahl des Ausschusses zeigte sich deutlich, daß die Mehrheit des Congresses agrarischer Führung sich zuneigte und mit der Rede Wedemeyer's einverstanden war. Die Mehrheit der jetzt Gewählten waren Agrarier: Wedemeyer, Wedell, Lenthe, Schumacher, von Dieß u. s. w. Nichtsdestoweniger glaubte von Benda noch aushalten zu sollen; wenn es noch gelang die Stellung des Congresses zum Landwirthschaftsrath in seinem Sinne zu regeln, konnte doch vielleicht noch das Unheil verhütet werden, daß diejenigen, welche bona fide die Interessen der Landwirthschaft als solche im Congreß vertreten zu sollen glaubten, allmählich in den Troß der Agrarier sich aufnehmen und einreihen ließen.

Aber auf der schiefen Ebene, auf die man einmal gerathen, ging es weiter bergab.

Den Männern mittlerer Richtungen in politischen, kirchlichen, wirtschaftlichen Fragen, welche gerne jeder Seite ihr relatives Recht zugestehen und nicht mit radikalen Principien verwickelte und schwierige Verhältnisse zerschneiden, sondern mit Berücksichtigung aller Momente eine möglichst alle Interessenten befriedigende Lösung herbeiführen wollen, — ihnen entsteht die Versuchung nur zu leicht, den extremen Genossen eine kleine Concession nach der anderen zu machen, Gegensätze zu verdecken, nur um nicht schlimme Entzweiung entstehen oder nicht zu radikale Schritte geschehen zu lassen. So auch hier. Nachdem die Mehrheit des Congresses den agrarischen Forderungen nicht nur nicht widerstanden, sondern die Uebereinstimmung mit Herrn von Wedemeyer unverkennbar an den Tag gelegt, hätten die gemäßigten Elemente, hätten die Freunde der ländlichen Arbeitnehmer sich vom Congressse lössagen sollen: aut — aut, Ihr oder Wir: so hätte die Parole lauten sollen! Ehe es so weit kam, experimentirte man noch eine lange Zeit und ließ sich stärkere Dosen der Liebeshwürdigkeiten des agrarischen Führers verabreichen.

Herr von Benda machte im Laufe des Jahres 1874 den wiederholten Versuch, den Ausschuß des Congresses mit dem Landwirthschaftsrathe zu verschmelzen: das hätte allerdings die agrarischen Gelüste unschädlich gemacht! Aber eben deshalb wurde sein Antrag nach harten Kämpfen mit 18 gegen 6 Stimmen abgelehnt. Und nun legte auch von Benda den Vorsitz selbst nieder. An seine Stelle wählte der Ausschuß — sehr vorsichtig, ganz nach seiner die eigentlichen Ziele verhüllenden Politik — den Herrn von Rath (Rauersfort). Der neue Vorsitzende zeigte sich selbst von dem besten Willen erfüllt, die politischen Gegensätze im Congressse zu versöhnen und auf der Linie des früheren Verhaltens (von 1868—1872) weiter zu gehen. Aber es gelang ihm noch weniger als seinem Vorgänger, die agrarischen Heißsporne zu zügeln.

Die Entscheidung des Schicksals des Congresses brachte die Versammlung, die vom 22. bis 26. Februar 1875 in Berlin tagte. Die Anträge von Benda's fielen auch hier zu Boden, — manche der Gegner wurden offenbar von dem Motive geleitet, den Landwirthschaftsrath vor der Vermischung mit den Deputirten des Agrariercongresses zu bewahren! — und die jetzt die Herrschaft besitzende Agrarierpartei zeigte ihr wahres Angesicht immer ungeschonter. Die Herren von Lenthe, von Dieß und von Wedemeyer in erster Reihe, Stadtgerichtsrath Wilmanns in zweiter Reihe waren die tonangebenden Redner. Kein Mensch auf der Welt wird behaupten, sachlich aus den Debatten über die Lage der Landwirthschaft und ihre berechtigten Wünsche irgend etwas gelernt zu haben:

wer nicht ein hartgesottener Agrarier ist, kann nur mit Lachen oder mit Aerger diesen Verhandlungen folgen.

Das Bezeichnendste ist, wie der Congreß und seine agrarischen Führer die Enquete über die ländliche Arbeiterfrage behandelt haben.

Oben ist schon erwähnt worden, daß die Hauptarbeit der Untersuchung von dem Professor von der Goltz geleistet war; er war der Generalreferent und die Referenten hatten ihm nur ihre Mithülfe gewährt. Er trägt die Verantwortung für das Ergebnis der Arbeit, — wahrlich eine schwere und gewaltige Leistung hatte er zu Stande gebracht. Das Buch hat den Titel „Die Lage der ländlichen Arbeiter im deutschen Reich“, und stellt sich dar als „Bericht an die vom Congreß deutscher Landwirthe niedergesetzte Commission zur Ermittlung der Lage der ländlichen Arbeiter im deutschen Reich unter Mitwirkung von Richter, Prof. in Tharand und von Langsdorff, Generalsecretair in Dresden erstattet von Professor Dr. Th. Freiherrn von der Goltz in Königsberg.“ Diesen Bericht ihrer Referenten überreichte die Commission (unter dem Voritze von Griepenkerl) mit einem begleitenden Berichte an den Ausschuß des Congresses zur Vertheilung an diesen selbst. Kurz vor der Zusammenkunft des Congresses hatte die Vertheilung begonnen; aber sie war dann vom Ausschusse unterbrochen worden — weßhalb? weil sich herausgestellt, daß die thatsächlichen Ergebnisse der ohne vorgefaßte Meinung angestellten Untersuchung der Arbeiterverhältnisse nicht geeignet waren, als Grundlage oder Beweismittel für agrarische Wünsche zu dienen.

Wenn man vorurtheilsfrei den Werth des Enquetewerkes festzustellen versuchen will, so darf man vor Allem das Eine nicht außer Acht lassen: nicht eine amtliche Erhebung, sondern eine Privatarbeit liegt vor uns. An den guten Willen der Arbeitgeber hatte man sich mit den Fragebogen zu wenden gehabt; es war ganz ausgeschlossen, daß man in contradictorischem Verfahren Arbeitgeber und Arbeiternehmer hätte über dieselben Gegenstände befragen können; es hatte an Mitteln gefehlt, die Richtigkeit der erhobenen Antworten zu prüfen: der Referent war in der Lage, im Großen und Ganzen auf Treu und Glauben die Angaben hinzunehmen, wie sie ihm gemacht waren. Seinerseits aber war es geboten, nicht ohne Erläuterungen die erhobenen statistischen Daten in die Welt ausgehen zu lassen; gerade weil aus eigener Erfahrung ihm Zustände und Einrichtungen in den verschiedensten Theilen Deutschlands bekannt waren, durfte er sich zutrauen, die zum Verständnis nöthigen Bemerkungen hinzuzufügen und seinerseits Kritik an einzelnen Mittheilungen zu üben. Ein subjectives Moment kam dadurch allerdings in die Enquete hinein; — aber es ganz fern zu halten, war unter den gegebenen Umständen unmöglich. Mit vollem Rechte und bestem Ge-

wissen durfte Prof. von der Goltz von sich bekennen, daß es ihm allein darauf angekommen, die wirklich vorhandenen Zustände zu einer klaren übersichtlichen Darstellung zu bringen, daß jede Tendenz, die Zustände der ländlichen Arbeiter in einem günstigen oder ungünstigen Lichte erscheinen zu lassen, ihm ferne gelegen; aber nach sehr eingehender sorgfältiger Prüfung seines Materials glaubte er doch sagen zu dürfen: „Die Enquete bietet ein annähernd vollständiges und zuverlässiges Bild über die Verhältnisse der ländlichen Arbeiter im deutschen Reich“; er meinte auch, die hier gebotene Erkenntniß der thatsächlichen Zustände werde dazu beitragen, die zweckmäßigsten Mittel zur Beseitigung der jetzt in Bezug auf die ländlichen Arbeiterverhältnisse noch bestehenden Uebelstände aufzufinden. So lagen allerdings die Dinge: die Enquete hatte die ländlichen Arbeiterverhältnisse als verbesserungsbedürftig und verbesserungsfähig dargestellt, — in den Augen der Agrarier ein Verbrechen, daß ihre ganze Wuth entzünden mußte. Die Agrarier wollten nicht die Lage der Arbeiter, sondern die Lage der Gutbesitzer verbessern: nach ihrer Ansicht befanden sich die Arbeiter nur zu wohl. Und wenn Professor von der Goltz, mit Berufung auf die Ergebnisse der Enquete in wiederholten Ausführungen auf die Schäden in der Lage der Arbeiter hinwies, deren Heilung meist in der Hand und Macht der Gutbesitzer gelegen und also nach seiner Ansicht die sittliche Pflicht der Gutbesitzer wäre, so war eine solche Erörterung, zu der die von dem Congreß, dessen Herren sie sich dünkten, veranlaßte Forschung hinführte, ihnen ein Greuel, ganz andere Ergebnisse hatten sie erwartet. Ihre Enttäuschung war groß; ein lauter Schrei wüthenden Entsetzens entrang sich dem agrarischen Busen. Man beeilte sich das Werk wissenschaftlicher Arbeit, nicht zu widerlegen — das hätte Arbeit und Anstrengung und Zeit gekostet, wohl aber es zu begeistern, zu schänden und in den Papierkorb zu werfen.

Nun hatte die Commission bei Ueberreichung des Enquetewerkes an den Congreß ihrerseits in ihrem Berichte vom 9. Februar 1875 einige „Resultate“ der Arbeit bezeichnet, aus denen ganz besonders die Bemerkung hervorzuheben ist, daß der grundbesitzlose Arbeiter in ungünstigeren Verhältnissen lebe als der grundbesitzende Arbeiter; damit war der stärkste Gegensatz zu den Agrariern formulirt: die Zumuthung, dem ländlichen Arbeiter die Möglichkeit von Grunderwerb zu schaffen, ist für den Agrarier geradezu eine Ausgeburt der Hölle, eine Meinung, die er mit den schwersten Strafen ahnden würde, falls er die Macht hätte, solche zu dictiren. Nach diesen und ähnlichen Rezerereien stellte die Commission den Antrag, den Enquetebericht mit den Bemerkungen dem Reichskanzler, den deutschen Regierungen u. s. w. zu überreichen, um dadurch Anstoß zu etwaigen Maßregeln für die Verbesserung der ländlichen Arbeiterverhältnisse zu geben.

Diesen Antrag seiner Commission verwarf der Congreß; er nahm dagegen zwei andere Vorschläge an, deren einer, von einem Commissionsmitglied befürwortet und von dem Vorsitzenden der Commission acceptirt, dahin ging, dem Reichskanzler das Werk des Congresses zu überreichen und zugleich ihn um Veranstaltung einer amtlichen Untersuchung derselben Verhältnisse zu bitten. Der zweite Antrag dagegen enthielt, nicht ganz offen, aber indirect deutlich genug, ein Mißtrauensvotum gegen die Enquetecommission; er war auf Anlaß des Herrn von Wedemeyer gestellt und wollte dem Congreßauschuß die Enquete übergeben, der nach sorgfältiger Kenntnißnahme ihres Inhaltes dann über ihr weiteres Schicksal verfügen sollte. Nachdem Herr von Wedemeyer in sehr heftigem Tone dem Werke Fehler vorgeworfen hatte, wurde dieser Antrag angenommen.

Der Congreßauschuß, dessen Mehrheit Agrarier, sollte nun sorgfältig Kenntniß nehmen von dem Werke der Commission. Seine Unparteilichkeit zu bezeugen, wurde im Ausschuß das Referat an Herrn von Wedemeyer übertragen, und einige Monate nachher zu einer Ausschußsitzung auch Prof. von der Goltz als „Correferent“ eingeladen. Am 5. Mai 1875 sollte die Verhandlung stattfinden, bei der der Referent als Angreifer und der Correferent als Vertheidiger der Enquete in mündlicher Debatte ihre entgegenstehenden Behauptungen beweisen sollten. Beide Herren waren im Termine erschienen. Aber der Angreifer, der mehrere Monate zur Abfassung seines „Referates“ und zur Vorbereitung seiner Angriffe, d. h. zum Nachweise der öffentlich gegen die Enquete gemachten schweren Vorwürfe Zeit gehabt hatte, erklärte noch nicht fertig zu sein und trug auf Vertagung an. Sowohl Griepenkerl als von der Goltz widersprachen dieser Zumuthung: nach sehr heftigen Scenen, in welchen von Wedemeyer sichtbar schon Spuren der geistigen Erregtheit und Reizbarkeit verrieth, die ihn bald nachher in eine maison de santé geführt und ihm ein vorzeitiges Ende bereitet, nahm trotz allem die Mehrheit des Ausschusses die Vertagung der angesagten Debatte an; es wurde dem schwer angegriffenen Professor von der Goltz die ihm zuerst angebotene Gelegenheit abgeschnitten, von Angesicht zu Angesicht den Agrariern die Grundlosigkeit ihrer Behauptungen und die Richtigkeit der Ergebnisse der Enquete zu beweisen. Natürlich haben die Agrarier in richtiger Selbsterkenntniß recht lebhaftes Scheu gefühlt, in Gegenwart eines sachverständigen und im Detail unterrichteten Gegners ihre Parteibehauptungen zu discutiren. Wirkamer declamirt man vor der gläubigen Gemeinde und ohne Gefahr, widerlegt zu werden.

Es haben hier diese Vorgänge angeführt werden müssen, weil sie die Taktik und die Methode der Agrarier besser als alles andere illustriren. Lange Zeit war es darauf angelegt, die sämmtlichen deutschen Landwirth

als Genossen und Anhänger der Agrarier hinzustellen. Die eigenen sehr einseitigen und egoistischen Ziele der grundbesitzenden Junker wurden durch das Vorgeben verhüllt, die Interessen der gesamten Landwirthschaft zu vertreten. Erst nach und nach enthüllte sich der im Grunde treibende Gedanke. So lange noch Aussicht war, auch nicht agrarisch gesinnte Landwirth in der Gemeinschaft zu halten, bediente man sich des landwirthschaftlichen Congresses, aus dem zuerst die entschieden antiagrarisch gerichteten Elemente hinausgetrieben und dann auch die gemäßigteren, vermittelnden Personen nach und nach zum Rückzuge veranlaßt wurden. Die Crisis brachte das Enquetewerk über die Lage der ländlichen Arbeiter. So offenbar widersprachen die aus den thatsächlichen Ermittlungen sich ergebenden Sätze allen Behauptungen, die das Programm der Agrarier geziert, daß eine Annahme und Ueberreichung des Enquetewerkes durch den Congress eine Losagung von den Agrariern bedeutet haben würde. Die sachliche Vernichtung und Widerlegung des agrarischen Programmes ist durch das Product des von den Agrariern beherrschten Congresses, d. h. die Enquete, schon gegeben; daß dennoch der Congress in Folge seiner agrarischen Tendenzen es vorzog, sein eigenes Product zu verleugnen und zu ertöden, befremdet uns weniger als die Art und Weise, in der dieser Proceß vor sich gegangen ist. Die Folge dieser Wendung war nun aber unabwendbar die Sprengung des Congresses, wie er bisher existirt, d. h. die Ablösung aller nicht agrarisch gesinnten Landwirth.

In Folge des Auftretens Wedemeyer's und der Entscheidung der Ausschußmehrheit schieden Griepenkerl, Wagner, Richter, von Langsdorff, Neumann (Pofegnick), die in der Enquetecommission geseßen, aus dem Ausschuß und dem Congress selbst aus. Die in der Sitzung vorgekommenen Extravaganzen bewogen auch Herrn von Rath den Vorsitz niederzulegen, und der Vicepräsident Herr von Wedell (Behlingsdorf) leitete nun die weiteren Geschäfte. Herr von Wedemeyer war vor seiner definitiven Erkrankung mit dem Referate immer noch nicht fertig geworden; er zog zwar Hülfe an sich heran: ein Mitglied der Enquetecommission, Schumacher (Zarchlin), der sich in jener Commission isolirt gesehen, seine Mitarbeiterschaft thatsächlich eingestellt, aber trotz seiner agrarischen Gesinnung den Commissionsbericht vom 9. Februar (mit seinen antiagrarischen „Resultaten“) unterzeichnet hatte\*) und außer ihm noch den sehr rührigen und sehr federgewandten Vorkämpfer der Agrarier, Herrn Wilmanns aus Berlin; aber trotz des Succurses ist das „Referat“

\*) Die ganze Haltung des Herrn Schumacher gegenüber der Enquete ist eine sehr unklare und uns unverständliche; seine eigenen Erläuterungen und Rechtfertigungen in den Mecklenburgischen Anzeigen (vom 27. März und 29. April 1876) verbreiten nur noch größeres Dunkel über die Gründe seines Verhaltens in der ganzen Angelegenheit. Diese Frage zu entscheiden, ist auch aus dem uns sonst vorliegenden Material unmöglich.

wie es schließlich im October 1875 gedruckt vorlag, ein sehr trauriges Machwerk, das der Enquete an keiner Stelle eine Wunde beigebracht oder ihre Ergebnisse entkräftet hat. Man kann es nicht anders als eine Schmähchrift nennen, deren Veröffentlichung seitens des Ausschusses selbst von den Agrariern nicht wohl erwartet werden durfte. Und doch ist dies — nach neuen Kämpfen und Zermürnungen — geschehen.

Der Ausschuss wurde auf den 25. October nach Berlin berufen zur weiteren Verhandlung des Enquetewerkes. Zu dieser Sitzung waren auch die ausgetretenen Mitglieder der Enquetecommission geladen und ihnen das inzwischen durch Stadtrichter Wilmanns in Druck gegebene „Referat Wedemeyer's“ mitgetheilt, indem auf Bitten der Angehörigen des schwer erkrankten Herrn von Wedemeyer sie um discretionäre Behandlung der Broschüre ersucht wurden. Selbstverständlich erschienen die betreffenden Herren nicht mehr in der Sitzung, in der die heftigsten Debatten stattfanden, ohne daß es zu einem Beschlusse kam. In einer neuen Sitzung am 10. Dezember wurde Fürst Hohenlohe-Langenburg, der früher gar nicht zum Ausschuss gehört hatte, mit dem Präsidium betraut. An dem Beschlusse dieser Sitzung nahmen aber der neue Vorsitzende und mit ihm einige andere Mitglieder nicht Theil, da sie vor der Abstimmung zu einer Reichstagsitzung weggehen mußten. Der Beschluß ging dahin, von der eigenen Prüfung der Enquete abzusehen und zur Kenntnissnahme dem Reichskanzler u. s. w. das Enquetewerk mitzutheilen, zu gleicher Zeit aber dem Werke den von dem verstorbenen Herrn von Wedemeyer im Auftrage des Ausschusses erstatteten Bericht (d. h. jene von Wilmanns gedruckte Schmähchrift Wedemeyer's) beizufügen. Der Ausschuss kaufte deshalb die nöthigen Exemplare der Broschüre und verschickte sie. Formell enthielt der Ausschuss sich des Urtheiles, aber indem er ohne jeden Zusatz das so wegwerfende Urtheil seines Berichterstatters einreichte, trat er dadurch dem Inhalte desselben zustimmend bei. Nun wurde auch, ebenfalls mit der Beilage jener Schmähchrift, an die Mitglieder das Enquetewerk verschickt, dessen Ausgabe, wie schon erwähnt, durch Wedemeyer und Wilmanns ein Jahr vorher unterbrochen war. — Der Generalsecretair des Congresses hatte den Ausschuss gewarnt, nicht ohne eine Antwort der Enquete-Bearbeiter die Angriffe Wedemeyer's ausgehen zu lassen; bei wirklicher Objectivität des Ausschusses hätte es sich von selbst verstanden, daß dem Referate Wedemeyer's noch ein Correferat beigegeben wurde. Vergebens!

Da so die agrarische Richtung des Congressauschusses völlig über jeden Zweifel hinaus deutlich gemacht war, und die Agrarier ohne jede Rücksichtnahme von jetzt ab vorzugehen sich entschlossen hatten, sahen die so schwer gekränkten Mitglieder der Enquetecommission sich genöthigt, im Januar 1876 in einer kurzen aber schlagenden Erklärung die öffentliche Meinung über diese

Vorgänge aufzuklären. Die nächste Wirkung war, daß Fürst Hohenlohe, der arglos den Beschluß vom 10. December zur Ausführung gebracht, und viele andere Ausschußmitglieder die wirkliche Sachlage klar erkannten, ihr Mandat niederlegten und ihren Austritt erklärten. Auch der Generalsecretair Hausburg kündigte seine Stellung. Ein Rest von Ausschußmitgliedern blieb allerdings noch zusammen. Der Rumpfausschuß erließ nun am 5. März noch eine sehr — lendenlahme Gegenerklärung, unterzeichnet vom Grafen Bedlich-Trübschler, auf welche dann auch die Herren Griepenkerl u. s. w. noch einmal kräftig replicirten. Im Ausschuß des Congresses wurde die Selbstauflösung damals schon ins Auge gefaßt; — und wenn nun auch die Formen der Congressruinen noch eine Weile fort dauern mögen, faktisch hat der landwirthschaftliche Congress seinen Selbstmord schon verübt.

Aber die Agrarier überdauern den Congress. Aus der Asche des landwirthschaftlichen Congresses hat sich neugeboren in die Höhe geschwungen der „Verein der Steuer- und Wirthschafts-Reformer“, als dessen Zierden und geistige Häupter von Dieft, Wilmanns, und der größte und gewaltigste von allen, — Niendorf, der erstaunten Menschheit sich darstellen.

Der Congress hatte seine Aufgabe erfüllt. Die Agrarier glaubten der Masken nicht mehr zu bedürfen: offen entfalten sie ihre Pläne und Gedanken, — offen fordern sie alles, was nicht Junker und Reactionär ist, zum Kampfe heraus.

Die nächsten Wahlen werden zeigen, ob es ihnen gelingt, neuen Anhang ihrem jetzt aller Hüllen und Decken entkleideten Programm zu gewinnen.

---

## Die Verwirklichung der deutschen Grundrechte in der Gegenwart.

### II.

Im Art. V der Grundrechte wurde der Grundsatz aufgestellt: „Jeder Deutsche hat volle Glaubens- und Gewissensfreiheit.“ Hieran reihten sich dann verschiedene Sätze an, deren Inhalt aber theils für das moderne Staatsleben mehr oder weniger selbstverständlich, theils zu allgemein gehalten war, um praktischen Werth beanspruchen zu können, nämlich folgende: „Niemand ist verpflichtet, seine religiöse Ueberzeugung zu offenbaren;